

25. Juli



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 836 890

P/XVI/166 - 27. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	<u>Die Freiheit schützen - den Frieden erhalten</u> Zur Kongressansprache Kennedys	78
2	<u>Der alte Hut</u> England: "Rezept" gegen Wirtschaftskrise auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger	45
3 - 4	<u>Den Wohnungsbau für die Flüchtlinge verstärken!</u> Zwingende Folgerungen aus dem Flüchtlingsstrom Von Dr. Julius Brecht, MdB	60
4	<u>Verdiente Zurechtweisung</u> IG Metall und die DFJ	33
5 - 6	<u>Die Brute aus dem Meer</u> Im Wasser liegen ungeheure Reserven für die Menschenmilliarden der Zukunft	85

+ + + ++

+ + +

Die Freiheit schützen - den Frieden erhalten

Zur Kongressansprache Kennedys

sp - Die überall mit Spannung erwartete Rede des US-Präsidenten Kennedy zur internationalen Situation hat klargemacht:

Die Vereinigten Staaten sind bereit, mit ihrer ganzen Kraft die Freiheit in der Welt zu schützen und den Frieden zu erhalten.

In bester demokratischer Form wurde dem amerikanischen Volk gesagt, welche Maßnahmen notwendig sind und welche Opfer gebracht werden müssen, um Freiheit und Frieden sichern zu können. In der Darstellung der Summe aller Notwendigkeiten hat Präsident Kennedy sich selbst und den Amerikanern nichts geschenkt. Auch die Verbündeten der Vereinigten Staaten wissen, was die größte Nation der freien Welt von ihnen erwartet.

In Moskau wird man zur Kenntnis nehmen müssen, dass die freie Welt bereit ist, jedem Rechtsbruch und jedem Einschüchterungsversuch die Stirn zu bieten. In Deutschland werden wir wachen Sinnes jene Worte der Kennedy-Rede dankbar aufnehmen können, mit denen der Präsident deutlich macht, dass Berlin kein isolierter Vorposten und kein isoliertes Problem in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West ist.

Genau wie für uns ist für Kennedy nicht die Situation Berlins "anormal", sondern die Situation des geteilten Deutschland. Die internationale Rechtslage der Alliierten in Berlin ist eindeutig, und wenn Kennedy sagt, der Westen sei bereit, die Legalität der westlichen Rechte in Berlin einem internationalen Rechtspruch zu unterwerfen, ja, die wahren Gefühle der Bevölkerung Westberlins und des ganzen deutschen Volkes in einer freien Abstimmung festzustellen, dann fordert er Moskau zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen heraus.

Es ist auch gut, dass der amerikanische Präsident Chruschtschow an die zweieinhalb Millionen Flüchtlinge aus der SBZ erinnert, "die mit ihren Füßen für die westliche Form der Freiheit gestimmt haben".

Von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Ost-West-Gegensatzes und für den Versuch, eine neue Plattform für internationale Verhandlungen zur Beseitigung der Krisenherde zu finden, ist die Ankündigung, dass die USA nicht nur zwischen Widerstand und Rückzug, zwischen Atomkatastrophe und Kapitulation zu wählen haben.

Kennedy sagt:

"Militärisch sind wir in Friedenszeiten traditionsgemäß auf Verteidigung eingestellt, doch braucht das nicht für unsere Diplomatie zu gelten. Wir werden auf die Berlinkrise keineswegs n u r militärisch oder negativ reagieren. Wir werden m e h r tun, als nur eine feste Haltung bewahren. Denn wir denken nicht daran, anderen die Auswahl und Monopolisierung des Forums und des Rahmens der Diskussion zu überlassen; wir denken nicht daran, von unserer Verpflichtung gegenüber der Menschheit, eine f r i e d l i c h e Lösung zu suchen, zurückzutreten."

Mit diesem Bekenntnis zur diplomatischen Friedensoffensive des Westens gibt Kennedy dem Osten deutlich zu verstehen, dass der Westen bei aller Bereitschaft zur Abwehr von Übergriffen und Provokationen willens ist, die Anwendung der Gewalt nur im äussersten Falle der Gewaltanwendung von der anderen Seite entgegenzusetzen. Kennedy will - das ist wohl für jedermann verständlich - als Unterzeichner der UNO-Charta internationale Probleme mit jeder und allen Nationen erörtern, die bereit sind, vernünftig zu reden und zuzuhören.

Und mit dem Blick auf Deutschland:

"Wir sind bereit, jede Vereinbarung oder jeden Vertrag zu prüfen, der in Einklang mit der Erhaltung von Frieden und Freiheit steht, sowie mit den legitimen Sicherheitsinteressen a l l e r Nationen."

Deshalb sagt Kennedy auch:

"Wir erkennen die in der Geschichte begründete Besorgnis der Sowjetunion bezüglich ihrer Sicherheit in Mittel- und Osteuropa nach einer Reihe räuberischer Invasionen an - und wir glauben, dass Vereinbarungen ausgearbeitet werden können, die dazu beitragen werden, dieser Besorgnis gerecht zu werden, und die es möglich machen, dass sowohl Sicherheit wie auch Freiheit in diesem Unruhegebiet herrschen."

Der Block der kommunistisch regierten Völker, an der Spitze aber die Sowjetunion, dürfen sicher sein, dass die Rede des amerikanischen Präsidenten mehr ist als nur eine der vielen Kongressansprachen, die in den letzten Jahren gehalten worden sind. Sie kann dazu geeignet sein, das hektische Hin und Her von Drohungen und Spekulationen abzustoppen. In Deutschland dürfen wir feststellen, dass wir mächtige Fürsprecher für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes haben. Das alles legt uns aber auch selbst eine Verpflichtung auf. Wir müssen der Welt glaubhaft machen, dass auch wir bereit sind, eine Politik einzuleiten und zu fördern, die nach neuen Ufern strebt und m e h r sein muss als ein ständig sich wiederholender Rückblick auf die Vergangenheit. Präsident Kennedy hat uns dazu aufgerufen.

Der alte Hut

England: "Rezept" gegen Wirtschaftskrise auf Kosten
der Lohn- und Gehaltsempfänger

sp - Die seit einem Jahrzehnt mit absoluter Mehrheit herrschende konservative Regierung Großbritanniens muß jetzt zu drastischen Maßnahmen greifen, um einer ernststen Wirtschaftskrise Herr zu werden, von der England trotz guter Konjunktur und Vollbeschäftigung erfaßt wurde. Großbritannien gehört zu den Siegermächten des ersten und zweiten Weltkrieges. Es hat nach 1945 unter Führung einer Labour-Regierung die Trümmer beseitigt, seine Wirtschaft wieder in Ordnung gebracht und darüber hinaus besonders den arbeitenden Menschen die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben gegeben. Diese Leistung der Labour-Regierung war schnell vergessen; 1951 folgte eine konservative Regierung, die sich anheischig machte, mit anderen und - wie sie sagte - besseren Methoden das Werk der Gesundung zu vollenden. Auch Großbritannien geriet, wie alle Länder des Westens, in den Sog der Nachkriegskonjunktur, die sowohl bedingt war durch den großen Nachholbedarf, wie auch durch die ständig sich steigende Spannung im Ost-West-Verhältnis.

Die Labour-Opposition hat in diesen zehn Jahren nie aufgehört, die konservative Regierung daran zu erinnern, daß selbst in Zeiten der Hochkonjunktur und des allgemeinen Wohlstandes Vorsorge für die Abwehr möglicher Krisen getroffen werden müsse. Ähnlich wie in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Ländern antwortete die Opposition dafür nur Hohn und Spott.

Jetzt ist die Krise da und trifft mit ihrer ganzen Wucht zunächst die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger. Dem konservativen Schatzkanzler Selwyn Lloyd ist nichts Besseres eingefallen, als

Lehrstopp für die öffentlichen Dienste,
Einsparungen im Staatshaushalt
und allgemeine Erhöhung der indirekten Steuern

anzukündigen.

Alles dies sind Maßnahmen, durch die die Großverdiener des letzten Jahrzehnts geschont wurden, der Anteil am Sozialprodukt der Lohn- und Gehaltsempfänger aber entscheidend verringert wird. Dieses "Rezept" zur Behebung einer Wirtschaftskrise ist so alt und abgegriffen, daß man sich eigentlich darüber wundert, wie der Schatzkanzler einer Regierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Mut haben kann, es einem so intelligenten Volk wie dem der Engländer heute noch anzubieten. Es ist zugleich aber eine offizielle Bankrotterklärung für die Wirtschaftspolitik einer Regierung, die jede Aufforderung zur V o r s o r g e für schwere Zeiten in den Wind geschlagen hat.

Wie ganz anders sieht es in den sozialdemokratisch regierten Ländern Skandinaviens aus. Dort ist ein steter Aufstieg mit gesicherter und gerechter Beteiligung der arbeitenden Menschen am Sozialprodukt eine Selbstverständlichkeit. Wenn dort Krisen in Erscheinung treten, werden die dadurch entstehenden Lasten g l e i c h m ä ß i g verteilt und niemand mutet ausgerechnet den arbeitenden Menschen zu, daß s i e die Hauptlast der wirtschaftlichen Schwierigkeiten tragen müssen.

Den Wohnungsbau für die Flüchtlinge verstärken!

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Der leider sehr verstärkte Zustrom von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone macht nicht nur erforderlich, die Lagermöglichkeiten wieder zu erweitern und zu verstärken. Das kann immer nur die erste und dringendste Notmaßnahme sein, um die zu uns kommenden Flüchtlinge überhaupt untetzubringen. Ebenso wichtig und gleich dringlich ist aber auch, den endgültigen Wohnungsbau für die SBZ-Zuwanderer sofort zu verstärken und auszubauen. Erst dann sind unsere Landsleute so untergebracht, wie wir es ihnen in unserer Wirtschaftsverfassung schuldig sind. Es dauert heute von der Planung und Bewilligung eines neuen Wohnungsbauprogrammes bis zur Bezugsfertigkeit der Wohnungen mindestens eineinhalb, in aller Regel mindestens zwei Jahre, wenn man die enormen Schwierigkeiten in den behördlichen Verfahren und namentlich in der Beschaffung des Baulandes bedenkt. Es ist schon immer sehr beklagt worden, dass die Flüchtlinge viel zu lange Zeit in den Lagern und in anderen behelfsmässigen Wohnlösungen leben müssen, bis sie eine endgültige Wohnung bekommen. Zur Zeit werden ja erst die Wohnungen für die in den Jahren 1959 und 1960 herübergekommenen Flüchtlinge gebaut. Auch diese Wohnungen werden frühestens Ende dieses, grösstenteils aber erst im nächsten Jahr bezugsfertig. Alle Bauzeiten dauern heute wesentlich länger als früher.

Für die Flüchtlinge des Jahres 1961 sind überhaupt noch keine neuen Wohnungsbauprogramme im Gange. Wenn die sehr lange Anlaufzeit gebührend berücksichtigt wird, darf damit nicht bis zum nächsten Jahr gewartet werden. Die entsprechenden Anordnungen und die grundsätzliche Zuteilung der später fliessenden öffentlichen Mittel muss angesichts der Flüchtlingeströme schon jetzt und sogar beschleunigt vorgenommen werden. Es ist nicht zu befürchten, dass dadurch die Baukapazitäten zusätzlich und übermässig strapaziert werden. Wenn die öffentlichen Mittel den Ländern jetzt zugeteilt und von diesen die üblicher Rahmenbescheide auf die Gemeinden weitergegeben werden, kann mit dem Bau dieser Wohnungen frühestens im späten Winter oder zu Beginn des nächsten Jahres begonnen werden. Es dauert dann mindestens bis Anfang 1963, bis diese Wohnungen bezogen werden können. Diese aus menschlichen und sozialen Gründen unerlässliche Schnellaktion kann somit sehr gut in das sog. Winterbauprogramm 1961/62 eingebaut werden. Dazu muss es aber bereits jetzt und beschleunigt eingeleitet werden.

Der Bundeshaushalt 1961 lässt durchaus zu, dass so gehandelt wird und dass das Wohnungsbauministerium aktiv wird. Neben der Bereitstellung der Mittel selbst enthält der Haushalt mehrere und sehr umfangreiche Ermächtigungen zur Verteilung weiterer Mittel, wenn sich herausstellt, dass ... Schwierigkeiten und Stockungen in der Wohnungsmässigen Unterbringung der im Jahre 1961 eintreffenden

Zuwanderer ..." nur durch einen "Vorgriff auf die erst später einzusetzenden Mittel vermieden werden können". Diese Lage ist zweifellos jetzt gegeben, wo die Lager überfüllt sind und alte, schon geschlossene Lager wieder geöffnet werden müssen. Diese Menschen können sicherlich sehr schnell und ohne Schwierigkeiten in Arbeit gebracht werden. Umso mehr muss alles getan werden, dass sie nicht nur arbeiten, sondern dass ihre Lagerzeit abgekürzt und dass sie in absehbarer Zeit wieder zu einer guten eigenen Wohnung kommen. Das fördert die Eingliederung, das hilft über viele Übergangsschwierigkeiten und belastende Sorgen hinweg. Angesichts des auch sonst noch bestehenden Wohnungsbedarfs und da wahrscheinlich eben doch mit einem weiteren Zustrom von Flüchtlingen gerechnet werden muss, kann man gar nicht feil gehen, wenn alsbald und mit größter Beschleunigung ein weiteres SBZ-Wohnungsbauprogramm größerer Umfangs - mindestens mit 50 000 bis 60 000 Wohnungen - freigegeben und sehr energisch vorangetrieben wird.

+ + +

Verdiente Zurechtweisung

sp - Aus gegebenem Anlass hat der DGB den schon am 30. Juni anlässlich seiner Vorstandssitzung in Kiel gefassten Beschluss in Erinnerung gebracht, wonach die in ihm vereinigten Gewerkschaften jede Zusammenarbeit mit der DFU (Deutsche Friedensunion) ablehnen. Der Beschluss lautet:

"In letzter Zeit häufen sich die Fälle, dass in Verlautbarungen, (Handzetteln, Plakaten und Inseraten) der Deutschen Friedensunion Mitglieder unserer Organisation unter Nennung ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit und ihrer gewerkschaftlichen Funktionen als Unterzeichner auftreten. Dadurch wird der falsche Eindruck erweckt, als bestehe eine Zusammenarbeit zwischen der IG Metall und der DFU. Dieser Eindruck wird noch dadurch bestärkt, dass in den Verlautbarungen der DFU der Anspruch erhoben wird, die DFU sei in besonderem Maße eine Partei, die sich die Verwirklichung der Beschlüsse der Gewerkschaften, vor allem der IG Metall, zum Ziel gesetzt habe.

Der Vorstand sieht in der Absicht der DFU, eine propagandistische Verbindung zur IG Metall herzustellen, einen Missbrauch unserer Organisation. Er ist nicht bereit, den Anschein einer Zusammenarbeit zwischen DFU und IG Metall zu dulden. Die Bezirksleitungen und Verwaltungsstellen haben dafür zu sorgen, dass der Beschluss des DGB eingehalten wird und dass kein Mitglied unserer Organisation den Namen der IG Metall für Verlautbarungen der DFU benutzt".

Diese verdiente Zurechtweisung trifft die DFU schwer, tut sie doch so, als hätte sie besonders viele Anhänger bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern. Die Gewerkschaften stehen auf dem Boden der freiheitlichen Staatsordnung, bekennen sich zum Grundgesetz; dies allein verpflichtet sie, wachsam und abwehrend gegenüber allen politischen Gruppierungen zu sein, die andere Ziele verfolgen. Die DFU gehört dazu. Gerade die Metalller legten Wert darauf, den Beschluss, an dessen Mitwirkung sie beteiligt waren, ihren Mitgliedern und Geschäftsstellen in einem Sonderdruck zur Kenntnis zu bringen.

+ + +

Die Ernte aus dem Meer

Bis zum Jahre 2000 - oder ein wenig später - wird sich die Erdbevölkerung auf sechs Milliarden verdoppelt haben. Und niemand weiss, wo diese Vermehrung haltmachen wird - bei zehn Milliarden, bei zwanzig? Die grosse Frage ist aber: Wovon werden diese Milliarden leben?

Der landwirtschaftlich nutzbare Boden ist zum grössten Teil schon unter dem Pflug. Die Erträge können zwar noch stark gesteigert werden. Aber dann? Die Ernährungswissenschaftler geben eine tröstliche Antwort. Im Meer und im Süsswasser warten noch ungeheure Nahrungsreserven.

Bevor die weissen Einwanderer die Landwirtschaft nach Nordamerika brachten, lebten im Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten, mit gegenwärtig 170 Millionen Einwohnern, etwa eine Million Indianer - und sie führten ständig Krieg um die Jagdgründe. Ähnlich dünn war die Bevölkerung bei allen Järgergesellschaften. Denn eine Familie brauchte, um nicht zu verhungern, ein Jagdrevier, das grösser war als heute viele Marktgemeinden. Im Fischfang stehen wir aber noch auf der Stufe der Jagd. Der amerikanische Ozeanograph Iselin drückte es so aus: "Wir ernten nicht auf dem Meer - wir jagen nur und greifen uns hier und dort, was uns gerade ins Netz kommt".

Die Food and Agricultural Organisation (FAO), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, hat deshalb jetzt eine Kampagne für die Erweiterung des Fischfanges in Gang gesetzt. Eine Kampagne, die vorerst vor allem in Aufklärung und Verbreitung besserer Fangmethoden besteht - denn allein dadurch, ohne die geringste Investition, liesse sich der Fangertag auf der ganzen Welt leicht verdoppeln.

Vom Glück zur Berechnung

Der nächste Schritt zu einer wirklichen Fischwirtschaft wäre dann die Erforschung des Lebens und der Gewohnheiten der Fische.

Gerade in jenen Küstenstrichen der unterentwickelten Länder, wo man vom Fisch lebt, und ein schlechter Fang Hungersnot bedeutet, hing bisher fast alles vom Glück beim Fischen ab. Dabei lässt sich dieses Glück sehr wohl steuern, wenn man die Laichgebiete, die normalen Zugstrassen und die Zugtermine der einzelnen Fischarten kennt, wenn man ihre Schwärme schon vorher aufspüren und empfangen kann. Doch ist das nicht immer leicht. So ist das Laichgebiet der indischer Makrele, die seit Jahrtausenden gefangen wird, noch immer nicht bekannt.

Mit Radar und Echolotung, mit den Forschungsschiffen der Ozeanographen kann man aber wohl auch da der Natur ihre Geheimnisse entreissen.

Von da zur ausgesprochenen Fischzucht bleibt kein weiter Weg. Ganze Meeresbuchten, aber auch Untiefen und Bänke mit besonders reichem

Fischbesatz können in Pflege genommen, das heisst, ähnlich wie Karpfenteiche gedüngt, mit Futter bestreut und vor Schädlingen behütet werden - so dass die Fische sich dort um ein Vielfaches schneller vermehren. Wenn man bedenkt, dass in einem Karpfenteich auf einem Hektar Wasserfläche mehr Fleisch heranwächst als auf der benachbarten Mastviehweide, kann man sich vorstellen, was die intensive Bewirtschaftung riesiger Fischgründe im Meer bedeuten könnte.

In Schottland etwa hat man schon eine Meeresfischfarm, die mit Salpeter und Superphosphat alljährlich gedüngt wird. Die Flundern dieses Fischgebietes erreichen ihr Höchstgewicht nicht mehr wie vorher in sechs, sondern schon in zwei Jahren.

Direkt mit dem Ackerbau gekoppelt kann die Fischzucht in den Reisfeldern werden. Die FAO hat diese Methode vor Jahren den Japanern empfohlen - und heute erntet ein Grossteil der japanischen Bauern von ihren Feldern nicht nur die "Zuspeis" - die frühere alleinige Reisdiaät - sondern auch den Fisch-"Braten".

Fischiessen muss gelernt sein

Freilich ist es mit dem Fischfangen allein noch nicht getan. Früher einmal war das Fischessen von Natur aus nur auf die Küstenstriche beschränkt; denn Fisch wird schnell schlecht und kann deshalb nicht weit transportiert werden. Der Binnenländer gastierte höchstens einmal geräucherten Bückling, eingelegte "Russen" oder einen stark gesalzenen Seefisch. Heute fahren Fisch in Kühlwaggons bereits durch die halbe Welt.

Aber die Binnenländer sind das Fischessen einfach nicht gewöhnt. Selbst wenn der Fisch viel billiger und genauso nahrhaft und gesund ist, muss der Sonntags- oder Festbraten eben noch Schweinernes oder ein Stückerl vom Rind sein. Auch hier hat die FAO Erziehungsarbeit geleistet.

Ein dänischer Fischfachmann übernahm die Aufgabe, die Leute in Zagreb in Kroatien zum Fischessen zu begeistern. Er hatte den Vorteil, dass ihm in dem autoritären Staat alle Propagandamittel und die Mitarbeit von Schule, Gewerkschaft und Behörde zur Verfügung standen. Auf den grossen Märkten wurden Fischausstellungen gezeigt, im Radio gab man Fischrezepte durch, in den Schulen führte man Fischtage ein, an denen jeder Lehrer von den essbaren Fischen erzählte, Fischerlieder wurden zu Schlagern gemacht. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Leute wurden zuerst fischneugierig - und bekehrten sich dann zum Fischessen.

Das ist nur ein Anfang. Fische werden in Zukunft zu einem immer wichtigeren Volksernährungsmittel werden. Siebzig Prozent der Erdoberfläche sind Meere. Eine ungeheure Nahrungsreserve steht dort noch zur Verfügung: an Fischen - und später vielleicht auch an Algen und anderen Meerespflanzen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel